

CORONAVIRUS
INFO-SERVICE FÜR BETRIEBE



Transporteure fordern Kostenwahrheit im Straßengüterverkehr

Obmann Reder: Verbot des Preisdumpings gesetzlich umsetzen!

10.09.2020, 15:01



© WKÖ

„Die österreichischen Transporteure bekennen sich zum Klimaschutz und jede Dienstleistung soll unter diesem Aspekt auch einen dementsprechenden Preis für den Kunden haben. Daher fordern wir von der Politik ein Gesetz ein, welches Preisdumping im Straßengüterverkehr verbietet“, so Günther Reder, Fachverbandsobmann für das Güterbeförderungsgewerbe in der Wirtschaftskammer Österreich (WKÖ).

„Es geht uns dabei natürlich nicht darum, den Wirtschaftsstandort Österreich und den Verkehrsträger ‚Straße‘ durch zusätzliche Steuern, Abgaben und Mauten zu verteuern, sondern es geht uns um seriöse und ernsthafte Preiskalkulationen für die Transportdienstleistungen, die wir täglich erfüllen. Wenn wir ständig von Billigkonkurrenz aus dem Ausland unterboten werden, so schadet dies unserer Branche und den Klimazielen. Die angebotenen Preise ausländischer Mitbewerber sind definitiv zu billig, das ist ruinöser Wettbewerb“, betont der Obmann. Dieser Trend werde, wenn es so wie jetzt einen Wirtschaftsabschwung gibt, noch verstärkt.

„Wenn die Politik daher von Kostenwahrheit spricht und diese einfordert, so möchten wir das unterstreichen und unterstützen. Gleichzeitig brauchen wir aber den Schutz in Form von gesetzlichen Rahmenbedingungen, dass unsere Dienstleistungen auch jene geforderte Kostenwahrheit widerspiegeln und wir diese auch an den Endkunden verrechnen können. Ein gesetzliches Verbot von Preisdumping im Straßengüterverkehr könnte hierzu Abhilfe

schaffen“, appelliert Reder abschließend an die Politik. (PWK398/DFS)

Das könnte Sie auch interessieren



Offen, aber keine Kunden: Lockdown bringt Umsätze der Bekleidungsbranche völlig zum Erliegen

Der mittlerweile vierte Lockdown in Ostösterreich setzt das Bekleidungsbranche in ganz Österreich wirtschaftlich extrem unter Druck [➤ mehr](#)



KV Elektro-/Elektronikindustrie: Prognosen zahlen keine Erhöhungen

Sicherung des Wirtschaftsstandortes Österreich in der schwersten Krise hat Vorrang [➤ mehr](#)

